

VOLLMACHT

für eine Bevollmächtigung gemäß § 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) in Verbindung mit § 14 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG)

Sofern mehrere Antragsteller/Zuwendungsempfänger gemeinsam eine Förderung beantragen/bewilligt bekommen haben, sollte zur Erteilung einer Vollmacht dieses Formular verwendet werden. Bei Gesellschaften in der Rechtsform einer GbR oder OHG wird neben der Gesellschaft auch jeder Gesellschafter als Antragsteller behandelt.

1. ANTRAGSTELLER/ZUWENDUNGSEMPFÄNGER

1.1 Bitte die nachfolgenden Angaben machen, sofern es sich bei dem Antragsteller/Zuwendungsempfänger um keine GbR oder OHG handelt.

bei natürlichen Personen:

Name, Vorname

bei Unternehmen und sonstigen juristischen Personen:

Firma (laut Handelsregister) oder sonstiger Name (mit Angabe der Rechtsform)

bei Unternehmen und sonstigen juristischen Personen:

gesetzlich/gemäß Satzung/gemäß Gesellschaftsvertrag vertreten durch

Anschrift der natürlichen Person bzw. des Unternehmens oder der juristischen Person

1.2 Bitte die nachfolgenden Angaben machen, sofern es sich bei dem Antragsteller/Zuwendungsempfänger um eine GbR oder OHG handelt.*

bei GbR/OHG:

Name der Gesellschaft sowie der Gesellschafter (Name, Vorname)

bei GbR/OHG:

Anschrift der Gesellschaft sowie Anschrift jedes einzelnen Gesellschafters

* bei mehr als drei Gesellschaftern bitte Seite 1 mehrfach beifügen

2. VOLLMACHT

Hiermit bevollmächtigen die unter Punkt 1. genannten Antragsteller/Zuwendungsempfänger die folgende Person:

Name, Vorname	
---------------	--

PLZ	Ort	Straße, Hausnummer
-----	-----	--------------------

Vorwahl/Rufnummer/Fax	E-Mail
-----------------------	--------

zur Abgabe sämtlicher Erklärungen und zur Vornahme aller Verfahrenshandlungen, die das Verwaltungsverfahren zur beantragten Förderung

im Programm

bzgl. des Fördervorhabens

gemäß Förderantrag vom (nur ausfüllen, sofern Förderantrag bereits gestellt wurde) Tag/Monat/Jahr betreffen.

Die Vollmacht berechtigt den Bevollmächtigten, die Antragsteller/Zuwendungsempfänger umfassend gegenüber der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB), Domplatz 12, 39104 Magdeburg zu vertreten.

Hierzu zählen insbesondere die Befugnisse:

- den Förderantrag für die Vollmachtgeber auszufertigen und bei der IB einzureichen,
- den Förderantrag zu ändern oder zurückzunehmen,
- sämtlichen Schriftverkehr mit der IB entgegenzunehmen und selbständig zu führen,
- verbindliche Bescheide der IB (z. B. Zuwendungsbescheid, Ablehnungsbescheid, Änderung oder Aufhebung des Zuwendungsbescheides) entgegenzunehmen,
- gilt nur für Förderprogramme, in denen die Förderung auf Grund von Zuwendungsverträgen gewährt wird: einen Zuwendungsvertrag mit der IB abzuschließen, zu ändern oder aufzuheben,
- sonstige rechtsverbindliche Erklärungen jeglicher Art mit Wirkung für die Unterzeichnenden abzugeben,
- gilt nur für eine beantragte/bewilligte Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW): Widerspruch gegen Bescheide der IB einzulegen, zurückzunehmen oder auf dessen Einlegung zu verzichten.

Hinweise für die Erteilung der Vollmacht:

- Bevollmächtigte, die zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten nicht befugt sind, werden gemäß § 14 Abs. 5 VwVfG zurückgewiesen; Steuerberater/Wirtschaftsprüfer haben die Zulässigkeit ihrer Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) plausibel darzustellen, um einer Zurückweisung gemäß § 14 Abs. 5 VwVfG entgegenzuwirken.
- Der Bevollmächtigte ist zur Erteilung einer Untervollmacht nicht befugt.
- Änderungen (insbesondere von Anschrift/Telefon/Telefax/E-Mail des Bevollmächtigten oder in der Person des Bevollmächtigten, Einschränkungen oder der Widerruf der Vollmacht) sind der IB unverzüglich mitzuteilen.
- Sofern der Vollmachtgeber eine Gesellschaft in der Rechtsform einer GbR oder OHG ist und dieser Gesellschaft neue Gesellschafter hinzutreten, ist dafür Sorge zu tragen, dass diese der vorliegenden Vollmacht beitreten.
- Aus einer unterlassenen Mitteilung entstehende Rechtsfolgen (insbesondere Fristversäumnisse) sind den Antragstellern/Zuwendungsempfängern oder ihren Rechtsnachfolgern zuzurechnen.

3. UNTERSCHRIFTEN DER ANTRAGSTELLER/ZUWENDUNGSEMPFÄNGER

Bei einer GbR/OHG sind neben der Unterschrift der GbR/OHG, vertreten durch den/die (gesetzlich/gemäß Satzung/gemäß Gesellschaftsvertrag) vertretungsberechtigten Gesellschafter, auch die Unterschriften aller Gesellschafter erforderlich.

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschriften der Antragsteller/Zuwendungsempfänger (ggf. Stempel)	Namen der Unterzeichnenden (bitte in Druckbuchstaben)
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>